Darf die Autobahnvignette künftig 100 Franken kosten?

Autor(en): **Landolt, Martin / Pieren, Nadja**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung**

Band (Jahr): **91 (2013)**

Heft 11

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-725805

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Darf die Autobahnvignette künftig 100 Franken kosten?

Um die Übernahme von kantonalen Strassen durch den Bund zu finanzieren, beschloss das Parlament, den Preis der Vignette von 40 auf 100 Franken zu erhöhen. Die Gegner haben das Referendum erwirkt – das Volk entscheidet am 24. November.

Martin Landolt

Nationalrat GL, Präsident BDP Schweiz www.landolt.info

Dafür

Die Autobahnvignette wurde letztmals 1995, die Mineralölsteuer letztmals 1993 und der Mineralölsteuerzuschlag letztmals 1974 angepasst. Nun wird eine Vignettenpreiserhöhung von 60 Franken vorgeschlagen, das entspricht – je nach Autotyp – ungefähr einer Tankfüllung pro Jahr. Und die damit verbundenen Mehreinnahmen kommen ausschliesslich dem Strassenverkehr zugute – sowohl für den Unterhalt wie auch für den Ausbau.

Das Nationalstrassennetz gehört zu den Lebensadern unserer Wirtschaft. Es bietet Entlastungen dank Umfahrungen, und es bietet Entwicklungschancen dank Erschliessungen. Es verbindet sämtliche Landesteile der Schweiz, es verbindet urbane Regionen mit Randregionen. Mit dem vom Parlament verabschiedeten Netzbeschluss übernimmt der Bund von den Kantonen rund 400 km Strassen und damit die Verantwortung für den Betrieb, den Unterhalt und den Ausbau. Und dieser Netzbeschluss ist direkt und zwingend an die Anpassung des Vignettenpreises gekoppelt.

Die Gegner dieser Vorlage reduzieren sie auf eine reine Gebührenerhöhung, sprechen von einer Abzockerei des Privatverkehrs und von einer Bevorzugung von Ausländerinnen und Ausländern. Dabei werden die eigentlichen Tatsachen ausgeklammert und Emotionen geschürt.

Wer «Nein» sagt zur Vignettenpreiserhöhung, der sagt auch ganz klar «Nein» zu guten und sicheren Nationalstrassen. Und wer seinen Unmut über Quersubventionierungen oder eine angebliche Ungleichbehandlung der verschiedenen Verkehrsträger loswerden möchte, der tut dies hier am völlig falschen Objekt, zu einem völlig falschen Zeitpunkt.

Nadja Pieren

Führungsfachfrau eidg. FA, Kleinkindererzieherin, Betriebsleiterin, Nationalrätin, Vizepräsidentin SVP Schweiz, Mitinitiantin und Co-Präsidentin «Nein zur 100-Franken-Autobahnvignette», www.nadja-pieren.ch

Dagegen

Die Verteuerung der Autobahnvignette um 150 Prozent führt zu keinem Mehrwert. Argumente, dass wir weniger Staus und besser ausgebaute Nationalstrassen haben werden, sind schlicht gelogen. Das Geld, das durch die Erhöhung einkassiert wird, ist bereits verplant. Es wird in den Unterhalt von bestehenden Strassen fliessen, für deren Unterhalt heute die Kantone aufkommen. Neu soll der Bund diese Kosten tragen. Es ist also nur eine Verschiebung der Kosten.

Heute nimmt der Bund jährlich 9,5 Milliarden Franken durch Steuern, Gebühren und Abgaben des Privatverkehrs ein. Nur 30 Prozent davon fliessen zweckgebunden in die Strasseninfrastruktur, die restlichen 70 Prozent in die allgemeine Bundeskasse und in den öffentlichen Verkehr. Jetzt dem Privatverkehr noch mehr Geld aus dem Sack zu ziehen, obwohl dieser schon mehr als genug bezahlt, gilt es zu bekämpfen!

Es ist eine logische Folge, dass Personen, welche die Autobahn nur selten benutzen, sich die Ausgaben von 100 Franken sparen werden. Somit würde der Verkehr in Dörfern, Städten und auf dem Lande massiv zunehmen. Neu soll es möglich sein, eine 2-Monats-Vignette für 40 Franken zu kaufen. Davon profitieren vor allem Ausländer, die für ihre Ferien quer durch die Schweiz fahren.

Ich bin für gut ausgebaute Strassen. Ich wehre mich aber dagegen, dass der Privatverkehr immer mehr zur Kasse gebeten wird, um das Geld zur Stopfung der staatlichen Haushaltslöcher zu verwenden. Die Vignettenerhöhung ist nur der Anfang, weitere Abgaben wie die Erhöhung des Benzinpreises sind geplant. Sagen Sie bitte Nein zu einer weiteren staatlichen Abzockerei des Bürgers ohne Mehrwert!